

Parlamentssitzung vom 12. Dezember 2005

Bericht und Antrag
des Gemeinderates an das Parlament
betreffend

Verwaltungsorganisationsreglement und Aufgabenüberprüfung im Gemeinderat

1. Ausgangslage

Am 1. Juli 2004 ist die geltende Gemeindeordnung in Kraft getreten. Schon damals stand fest, dass das Organisationsreglement überarbeitet bzw. durch ein Verwaltungsorganisationsreglement abgelöst werden sollte (vgl. Art. 89 Abs. 2 GO). In der Zwischenzeit hat der Gemeinderat zudem den Schlussbericht „Aufgabenüberprüfung im Gemeinderat“ genehmigt. Auch die Umsetzung dieses Schlussberichts hat zahlreiche Änderungen im Organisationsrecht der Gemeinde zur Folge.

2. Zugrundeliegende Überlegungen

Dem vorliegenden Entwurf des Verwaltungsorganisationsreglements liegen folgende Überlegungen zugrunde:

- In etlichen anderen Gemeinden, die mit Köniz vergleichbar sind, ist die Organisation der Gemeindeverwaltung heute schwergewichtig auf Verordnungsstufe geregelt. Zwischen diesen Verordnungen und den jeweiligen Grunderlassen (Organisationsreglement bzw. Gemeindeordnung) haben diese Gemeinden überhaupt kein Reglement. Das gilt für die Gemeinden Bern, Thun, Ostermundigen, Ittigen, Muri-Gümligen, Wohlen, Bolligen.
- Die Gemeindeordnung der Gemeinde Köniz lässt ein solches Vorgehen nicht zu. Zwischen die Gemeindeordnung und die Organisationsverordnung muss zwingend ein Reglement geschaltet werden. Der Grund liegt darin, dass unsere Gemeindeordnung keine Delegation an den Gemeinderat vornimmt und zudem in den Übergangsbestimmungen den Erlass eines Reglements ausdrücklich verlangt.
- Der Entwurf des Verwaltungsorganisationsreglements konzentriert sich auf das Wesentliche. Die Details werden in der dazu gehörenden Verwaltungsorganisationsverordnung geregelt.
- Die wichtige Frage, welche Aufgabenbereiche welcher Direktion zuzuordnen sind, hat das Parlament zu beantworten. Auch die Festlegung, welche Direktionen hauptamtlich und welche nebenamtlich geführt werden, erfolgt durch das Parlament. Hingegen sollen die unteren Stufen der Gemeindeverwaltung - also die organisatorischen Einheiten - durch den Gemeinderat geregelt werden, ebenso die technischen Details des Verwaltungshandelns (Unterschriftenregelungen, Stellvertretung, Erlass von Verfügungen u.dgl.).
- Die geplante Verwaltungsorganisationsverordnung wird im Grossen und Ganzen das Bestehende übernehmen. Es ist allerdings nicht möglich, dem Parlament schon einen Entwurf dieser Verordnung zur Kenntnis zu bringen, wie es in anderen Fällen gemacht wurde. Dafür ist der vorhandene Entwurf zu unfertig und zu grob; er wird bis im letzten Moment an die Folgearbeiten des Schlussberichts Aufgabenüberprüfung angepasst werden müssen.

3. Die wichtigsten Änderungen

a) Aufgabenüberprüfung

Das Projekt „Aufgabenüberprüfung Gemeinderat“ wurde Ende 2004 ausgelöst, weil seit der letzten grossen Reorganisation (K 2000) Veränderungen eingetreten sind, die zu einem Ungleichgewicht der politischen Aufgaben der Mitglieder des Gemeinderates führten.

Die Ende Juni 2005 vom Gemeinderat verabschiedete neue Aufgabenverteilung stellt die grundsätzlich bewährte Organisation der Verwaltung nicht auf den Kopf, sondern nimmt Veränderungen dort vor, wo sie nötig sind und Sinn machen. Die wesentlichen Entscheide präsentieren sich wie folgt:

Direktion Präsidiales und Finanzen (DPF)

Der Gemeinderat wird sich künftig noch vermehrt gesamtstrategischen Fragen und der Gesamtentwicklung der Gemeinde annehmen. Köniz wird in der Region und im Kanton als dynamische, attraktive Gemeinde mit Entwicklungspotenzial noch besser positioniert.

Die Direktion Präsidiales und Finanzen bereitet die Strategieentscheide des Gemeinderates vor. Sie nimmt die Controllingfunktion wahr, indem sie die Direktionsstrategien koordiniert, die Strategieumsetzung zu Handen des Gemeinderates überwacht und die Berichterstattung an den Gemeinderat regelt.

Den einzelnen Direktionen wird im Rahmen der Gesamtstrategie, die aus den Teilstrategien der Direktionen besteht, ein möglichst grosser Handlungsspielraum gewährt.

Die Direktion wird von der Aufgabe Kultur, die der Direktion Bildung und Soziales zugewiesen wird, entbunden. Aus dem Finanzinspektorat wird die Aufgabe der Energiefachstelle herausgelöst und der Abteilung Umweltschutz zugewiesen.

Direktion Planung und Verkehr (DPV)

In der Direktion Planung und Verkehr wird dem Aspekt Umsetzung der Gesamtstrategie mit Planungsinstrumenten vermehrtes Gewicht beigemessen. Die Direktion trennt sich deshalb von einem Teil der operativen Umsetzungsaufgaben. Die Planungsabteilung wird von der Umsetzung der Landschaftspflege entlastet. Sie kann sich damit vermehrt auf die planerischen Kernaufgaben zur Umsetzung der Gesamtstrategie mit den Richtplanungen Landschaft (z.B. LEK), Siedlung und Verkehr konzentrieren. Die Landschaftspflege wird der neuen Direktion Umwelt und Landschaft zugewiesen.

Die Direktion gibt zudem die Aufgaben aus dem Bereich Umweltschutz an die neue Direktion Umwelt und Landschaft ab.

Direktion Bildung und Soziales (DBS)

Die Struktur der Direktion hat sich in den letzten Jahren bewährt. Strategische und operative Aufgaben sind ausgewogen und die Prozesse zur Umsetzung der Strategien erprobt. Das Kultursekretariat ist der Schulabteilung unterstellt. Diese Zuweisung hat sich bewährt. Sie kann beibehalten werden. Der Aufgabenbereich Kultur ist - wie viele andere Bereiche auch - vernetzt zu bearbeiten.

Direktion Gemeindebauten (DBA)

Die Aufgaben der Direktion bleiben unverändert. Die Schnittstellen zur Liegenschaftsverwaltung im Bereich Unterhalt sind definitiv zu klären.

Direktion Gemeindebetriebe (DBE)

In Zukunft könnte die Direktion auch die Verantwortung für die Gasversorgung übernehmen und in diesem Bereich Aufgaben wie bei der Wasserversorgung erfüllen. Das Aufgabengebiet würde damit abgerundet.

Direktion Sicherheit (DSI)

Mit der Zusammenführung der Polizeidirektion und der Direktion Bevölkerungsschutz zieht der Gemeinderat die Blaulichtorganisationen zusammen. Er schafft ein Kompetenzzentrum Sicherheit. Die Koordination der verschiedenen Organisationen bezüglich Strategie und operationelle Zusammenarbeit wird erleichtert.

Direktion Umwelt und Landschaft (DUL)

Mit der neuen Direktion Umwelt und Landschaft setzt der Gemeinderat einen Akzent. Er verstärkt sein Engagement in diesen Bereichen und stellt sicher, dass die Umweltstrategie als Bestandteil der Gesamtstrategie in *einer* Direktion formuliert und partiell umgesetzt werden kann. Er will Themen wie "Agenda 21", "Mobilitätsmanagement" und "Nachhaltigkeit" stärker gewichten als bisher.

Vernetzung der Direktionsarbeit

Der Gemeinderat will mit dem Mittel der Delegationsbildung in Zukunft noch vermehrt direktionsübergreifend arbeiten, strategische Aufgaben frühzeitig vernetzt angehen und die operative Umsetzung koordinieren.

Diese Ergebnisse widerspiegeln sich im Entwurf des Verwaltungsorganisationsreglements. Dessen augenfälligste Änderung besteht denn auch in der neuen Zuteilung der grossen Aufgabenbereiche auf die sieben Direktionen.

b) Kurzes Reglement, ausführliche Verordnung

Eine weitere grosse Änderung liegt in der Kürze des Reglements. Dies entspricht der zeitgemässen Art der Rechtssetzung im Organisationsrecht: Das Parlament hat in einem Gemeinwesen über die wichtigsten und zentralen Fragen zu entscheiden und soll sich nicht mit Einzelheiten befassen müssen. Diese sollen vielmehr vom Gemeinderat auf Verordnungsstufe geregelt und angepasst werden können.

Organisatorische Details auf Verordnungsstufe

Die Vorteile eines neuen, knappen Reglements werden besonders deutlich, wenn man das bisherige Organisationsreglement vom 13. September 1991 anschaut. Seine Ausführlichkeit hatte zur Folge, dass sich das Parlament mit zahlreichen Änderungen befassen musste, bei denen es um technische Details ging oder bei denen überhaupt kein Regelungsspielraum bestand, weil das Gemeinderecht an übergeordnete Vorschriften angepasst werden musste. Folgende Beispiele können dies illustrieren:

- Bei verschiedenen Artikeln musste der folgende Passus eingefügt werden: „Die Bestimmungen der Beschaffungsverordnung bleiben vorbehalten.“
- In Art. 12 musste darauf hingewiesen werden, dass die Stabsstelle Rechtsdienst die Aufsichtsstelle für Datenschutz sei.
- In Art. 14 wurde mit einer Änderung festgehalten, die Steuerverwaltung sei zuständig für das Ausstellen von Zeugnissen zur Erlangung des Rechts auf unentgeltliche Prozessführung.

Dass sich das Parlament mit solchen und ähnlichen Änderungen befasst, bringt keinen ersichtlichen politischen oder demokratischen Gewinn, verursacht aber jeweils einen grossen Aufwand. Es ist sachgerechter, den Gemeinderat solche Einzelheiten in einer Verordnung regeln zu lassen.

Einzelheiten zu den Verwaltungsaufgaben auf Verordnungsstufe

Die genannten Beispiele sind von eher geringer politischer Tragweite. Politisch bedeutender ist die Frage, welche Aufgaben in welcher Direktion erledigt werden. In dieser Frage wurden die Weichen bei der Revision der Gemeindeordnung gestellt: Es wurde damals entschieden, dass das Parlament die wichtigen Entscheide in einem Reglement zu fällen habe (siehe Art. 89 Abs. 2 Bst. a GO). Der vorliegende Reglementsentwurf kommt dieser Forderung nach. Die Einzelheiten sollen auf Verordnungsstufe geregelt werden.

Diese Lösung garantiert dem Parlament eine weitreichende Mitbestimmung. Das zeigt sich gerade im Vergleich zu den weiter oben genannten Gemeinden, in denen die Organisation der Gemeindeverwaltung an den Gemeinderat delegiert wurde. Entsprechende Beispiele finden sich in einer Beilage zusammengestellt.

4. Kostenfolgen

Soweit das Reglement nur Anpassungen an die neue Gemeindeordnung, andere Formulierungen und eine Rechtsetzungsdelegation an den Gemeinderat enthält, hat es keine nennenswerten Kostenfolgen.

Soweit das Reglement den Schlussbericht „Aufgabenüberprüfung“ umsetzt und die Grundlagen für organisatorische Änderungen schafft, sind gewisse Kostenfolgen denkbar. Zu diesem Zeitpunkt steht aber noch nicht fest, ob die Änderungen zu spürbaren Einsparungen oder Kostensteigerungen führen werden.

5. Inkrafttreten

Der Gemeinderat möchte das Verwaltungsorganisationsreglement spätestens auf den 1. April 2006 in Kraft setzen.

6. Antrag

Der Gemeinderat unterbreitet dem Parlament folgenden

Beschlussesentwurf:

Das Parlament beschliesst das Verwaltungsorganisationsreglement gemäss vorgelegtem Entwurf und beauftragt den Gemeinderat mit der Inkraftsetzung.

Köniz, 17. August 2005

Der Gemeinderat

Beilagen:

- 1) Entwurf Verwaltungsorganisationsreglement
- 2)) Regelungen anderer Gemeinden
- 3) Schlussbericht (ohne Anhang)

Das Parlament erlässt gestützt auf Art. 44 der Gemeindeordnung vom 16. Mai 2004 folgendes

Verwaltungsorganisationsreglement

I. Allgemeine Bestimmungen

Art. 1

Zweck

Dieses Reglement regelt

- a) die Grundzüge der organisatorischen Gliederung der Gemeindeverwaltung
- b) die Rechtsetzungskompetenz des Gemeinderats betreffend die Verwaltungsorganisation sowie Kompetenzen und Zuständigkeiten.

II. Organisatorische Gliederung

Art. 2

Gemeinderat

- 1 Der Gemeinderat führt die Gemeindeverwaltung.
- 2 Jede Direktion wird von einem Mitglied des Gemeinderats geführt.

Art. 3

Direktionen

- 1 Die Gemeindeverwaltung gliedert sich in drei vollamtlich und vier nebenamtlich geführte Direktionen.
- 2 Den drei vollamtlich geführten Direktionen werden namentlich folgende Bereiche zugewiesen:
 - a) Präsidiales und Finanzen
 - b) Planung und Verkehr
 - c) Bildung und Soziales.
- 3 Den vier nebenamtlich geführten Direktionen werden namentlich folgende Bereiche zugewiesen:
 - a) Gemeindebauten
 - b) Gemeindebetriebe
 - c) Sicherheit
 - d) Umwelt und Landschaft.
- 4 Jede Direktion besteht aus einer oder mehreren Abteilungen.

Art. 4

**Direktion
Präsidiales
und Finanzen**

Die vollamtlich geführte Direktion Präsidiales und Finanzen (DPF) erfüllt die Aufgaben folgender Bereiche: Sekretariatsdienste zu Gunsten des Gemeinderates und des Gemeindeparlamentes, Standortförderung, Kommunikation, Liegenschaftsverwaltung, Informatik, Rechtsdienst, Personal, Finanzen, Steuern, Finanzkontrolle.

Art. 5

Direktion Planung und Verkehr

Die vollamtlich geführte Direktion Planung und Verkehr (DPV) erfüllt die Aufgaben folgender Bereiche: Siedlungsplanung, Landschaftsplanung, Vollzug der Baugesetzgebung, Verkehr, Abfallbewirtschaftung, Strassenunterhalt, öffentliche Beleuchtung.

Art. 6

Direktion Bildung und Soziales

Die vollamtlich geführte Direktion Bildung und Soziales (DBS) erfüllt die Aufgaben folgender Bereiche: Bildung und Erziehung, Mediotheken, Kultur, Sport, Sozialhilfe, Vormundschaft, Sozialversicherungen, berufliche Integration, Bestattungs- und Erbschaftsdienst, soziale Einrichtungen für Kind, Jugend, Familie, Alter und Gesundheit, Migration und Asyl.

Art. 7

Direktion Gemeinde- bauten

Die nebenamtlich geführte Direktion Gemeindebauten (DBA) erfüllt die Aufgaben des Bereichs Bau und Unterhalt von gemeindeeigenen Bauten und Anlagen (Hochbau).

Art. 8

Direktion Gemeinde- betriebe

Die nebenamtlich geführte Direktion Gemeindebetriebe (DBE) erfüllt die Aufgaben folgender Bereiche: Wasserversorgung, Gasversorgung, Abwasserentsorgung, Vermessung.

Art. 9

Direktion Sicherheit

Die nebenamtlich geführte Direktion Sicherheit (DSI) erfüllt die Aufgaben folgender Bereiche: Sicherheits- und Verkehrspolizei, Amts- und Vollzugshilfe, Badeanlagen, Niederlassung und Aufenthalt, Einbürgerung, Abstimmungen und Wahlen, Zivilschutz, Feuerwehr.

Art. 10

Direktion Umwelt und Landschaft

Die nebenamtlich geführte Direktion Umwelt und Landschaft (DUL) erfüllt die Aufgaben folgender Bereiche: Umweltschutz, Energie, Landschaftspflege und Friedhofspflege.

III. Verordnungen und Weisungen

Art. 11

Verordnung

- 1 Der Gemeinderat erlässt die ergänzenden Bestimmungen zu diesem Reglement in einer Verordnung.
- 2 Die Verordnung enthält insbesondere Bestimmungen
 - über die organisatorische Gliederung der Direktionen bis auf Stufe Abteilung;
 - über die Aufgaben dieser Verwaltungseinheiten;
 - über Kompetenzen, Zeichnungsberechtigungen und Stellvertretung.

Weisungen 3 Zur näheren Regelung der Verwaltungstätigkeit erlässt der Gemeinderat die erforderlichen Weisungen.

VI. Schlussbestimmungen

Art. 12

Aufhebung von Erlassen 1 Mit dem Inkrafttreten dieses Reglements sind alle widersprechenden Bestimmungen aufgehoben.
2 Aufgehoben ist insbesondere das Organisationsreglement vom 13. September 1991.
3 Art. 87 Abs. 1 der Gemeindeordnung vom 2. Juli 1961 tritt mit Inkrafttreten dieses Reglements ohne weiteres ausser Kraft.

Art. 13

Inkrafttreten Der Gemeinderat bestimmt den Zeitpunkt des Inkrafttretens.

Köniz,

Im Namen des Parlamentes

Die Präsidentin

Die Sekretärin

Vorgaben bzw. Spielraum des Gemeinderats in Gemeinden, die zwischen der Gemeindeordnung und der Organisationsverordnung kein Reglement haben

- Gemeindeordnung der Stadt Bern (GO)

Art. 124 Direktionen und Stadtkanzlei

1 Die Stadtverwaltung besteht aus fünf **43** Direktionen und der Stadtkanzlei.

2 Der Gemeinderat legt durch Verordnung die Aufgaben der einzelnen Direktionen und der Stadtkanzlei fest.

3 Für die Zuteilung der Aufgaben gelten folgende Grundsätze:

- a. Sachzusammenhang;
- b. politisches Gewicht;
- c. gleichmässige Verteilung der Arbeitslast und der Führungsverantwortung;
- d. einfache Abläufe.

Art. 125 Leitung und Zuteilung der Direktionen

1 Jedes Mitglied des Gemeinderats leitet eine Direktion.

2 Der Gemeinderat beschliesst die Zuteilung der Direktionen und die ordentliche Stellvertretung.

3 Die Stadtpräsidentin oder der Stadtpräsident leitet die Präsidialdirektion.

Art. 126 Gliederung

Der Gemeinderat bestimmt in einer Verordnung die Gliederung der Direktionen in Bezug auf die beiden obersten Organisationseinheiten. Die weitere Gliederung ist Sache der Direktorin oder des Direktors.

Einwohnergemeinde Bolligen

GEMEINDEVERFASSUNG (GEB)

**Organisations-
verordnung**

Art. 58

- 1** Der Gemeinderat erlässt eine Organisationsverordnung. Er regelt darin namentlich
- a die Organisation des Gemeinderates, insbesondere die Bildung und Organisation von Ressorts, die Zuständigkeiten der Ratsmitglieder und die Bestimmungen zu den Gemeinderatssitzungen
 - b die Verwaltungsorganisation
 - c die Verfügungsberechtigung
 - d die Zuständigkeiten im Geschäftsverkehr
 - e die Berichtswesen

GEMEINDEORDNUNG

VIII. Die Abteilungen der Gemeindeverwaltung

Gliederung
der Verwaltung

Art. 57

¹ Die Gemeindeverwaltung besteht aus den folgenden Abteilungen:

1. Bauverwaltung
2. Finanzverwaltung
3. Gemeindeschreiberei
4. Schulverwaltung
5. Soziale Dienste.

² Der Gemeinderat legt die Organisation fest und weist den Abteilungen die Aufgaben zu.

³ Er ist zuständig für die Stellenbewirtschaftung im Rahmen der vom Grossen Gemeinderat festgelegten Summe der Stellenpunkte.

(Gemeinde
Ostermundigen

Gemeindeordnung

Art. 65

Verwaltungsorganisa-
tion

¹ Der Gemeinderat erlässt eine Verordnung über die Verwaltungsorganisation mit namentlich folgendem Inhalt:

- a) Departementsorganisation des Gemeinderates;
- b) Zuständigkeiten der Gemeinderatsmitglieder;
- c) Zuständigkeiten der Abteilungsorganisationen;
- d) ~~Zuständigkeiten und Organisation der Kommissionen;~~
*¹
- e) Einsetzung weiterer ständiger Kommissionen;
- f) Bezeichnung der in einem Dienstverhältnis stehenden Personen mit Verfügungsbefugnis;
- g) Unterschriftsberechtigung;
- h) Kreditverfügungskompetenzen.

Stadtverfassung Thun

Art. 48

7. Weitere
Beschlüsse

Der Gemeinderat beschliesst ferner über

- a die Zuteilung der Direktionen an seine Mitglieder,
- b Einzelheiten der Verwaltungsorganisation,
- c

Aufgabenüberprüfung im Gemeinderat
Gemeinde Köniz

Schlussbericht

vom Gemeinderat verabschiedet am 29. Juni 2005

Inhaltsverzeichnis

1	Zusammenfassung	3
2	Ausgangslage / Grundlage des Projekts	5
3	Rahmenbedingungen des Projektes Aufgabenüberprüfung	5
4	Die Projektorganisation und die Projektabwicklung	6
4.1	Projektorganisation	6
4.2	Projektabwicklung	7
5	Das Projektergebnis	8
5.1	Die neuen Direktionen in der Übersicht	8
5.2	Direktion Präsidiales und Finanzen (DPF)	10
5.3	Direktion Planung und Verkehr (DPV)	12
5.4	Direktion Bildung und Soziales (DBS)	14
5.5	Direktion Gemeindebauten (DBA)	16
5.6	Direktion Gemeindebetriebe (DBE)	17
5.7	Direktion Sicherheit (DSI) (Zusammenlegung Polizeidirektion und Direktion Bevölkerungsschutz)	18
5.8	Direktion Umwelt und Landschaft (DUL)	19
6	Die Gemeinderatsdelegation und das Projektmanagement als Mittel zur Vernetzung	20
7	Weiteres Vorgehen	21
7.1	Die Umsetzung mit drei Folgeprojekten	21
7.2	Organisatorische Umsetzung der Beschlüsse aus dem Projekt Aufgabenüberprüfung	21

Anhang

Übersicht über die Aufgabengruppen, Aufgaben und Leistungen der

Direktion Präsidiales und Finanzen	20
Direktion Planung und Verkehr	24
Direktion Bildung und Soziales	26
Direktion Gemeindebauten	34
Direktion Gemeindebetriebe	35
Direktion Sicherheit	38
Direktion Umwelt und Landschaft	41

1 Zusammenfassung

Der Gemeinderat hat die Aufgabenüberprüfung im Rahmen mehrerer Klausuren durchgeführt. Er hat folgende wesentlichen Entscheide gefällt:

Direktion Präsidiales und Finanzen (DPF)

Der Gemeinderat wird sich zukünftig noch vermehrt gesamtstrategischen Fragen und der Gesamtentwicklung annehmen. Köniz wird in der Region und im Kanton als dynamische attraktive Gemeinde mit Entwicklungspotential noch besser positioniert.

Die Direktion Präsidiales und Finanzen bereitet die Strategieentscheide des Gemeinderates vor. Sie nimmt die Controllingfunktion wahr, indem sie die Direktionsstrategien koordiniert, die Strategieumsetzung z.Hd. des Gemeinderates überwacht und die Berichterstattung an den Gemeinderat regelt.

Den einzelnen Direktionen wird im Rahmen der Gesamtstrategie, die aus den Teilstrategien der Direktionen besteht, ein möglichst grosser Handlungsspielraum gewährt.

Die Direktion wird von der Aufgabe Kultur, die der Direktion Bildung und Soziales zugewiesen wird, entbunden. Aus dem Finanzinspektorat wird die Aufgabe der Energiefachstelle heraus gelöst und der Abteilung Umweltschutz zugewiesen.

Direktion Planung und Verkehr (DPV)

In der Direktion Planung und Verkehr wird dem Aspekt Umsetzung der Gesamtstrategie mit Planungsinstrumenten vermehrt Gewicht beigemessen. Die Direktion trennt sich deshalb von einem Teil der operativen Umsetzungsaufgaben. Die Planungsabteilung wird von der Umsetzung der Landschaftspflege entlastet. Sie kann sich damit vermehrt auf die planerischen Kernaufgaben zur Umsetzung der Gesamtstrategie mit den Richtplanungen Landschaft (z.B. LEK), Siedlung und Verkehr konzentrieren. Die Landschaftspflege wird der neuen Direktion Umwelt und Landschaft zugewiesen.

Die Direktion gibt zudem die Aufgaben aus dem Bereich Umweltschutz an die neue Direktion Umwelt und Landschaft ab.

Direktion Bildung und Soziales (DBS)

Die Struktur der Direktion hat sich in den letzten Jahren bewährt. Strategische und operative Aufgaben sind ausgewogen und die Prozesse zur Umsetzung der Strategien erprobt. Das Kultursekretariat ist der Schulabteilung unterstellt. Diese Zuweisung hat sich bewährt. Sie kann beibehalten werden. Der Aufgabenbereich Kultur ist -wie viele andere Bereiche auch- vernetzt zu bearbeiten.

Direktion Gemeindebauten (DBA)

Die Aufgaben der Direktion bleiben unverändert. Die Schnittstellen zur Liegenschaftsverwaltung im Bereich Unterhalt sind definitiv zu klären.

Direktion Gemeindebetriebe (DBE)

In Zukunft könnte die Direktion auch die Verantwortung für die Gasversorgung übernehmen und in diesem Bereich Aufgaben wie bei der Wasserversorgung erfüllen. Das Aufgabengebiet würde damit abgerundet.

Direktion Sicherheit (DSI)

Mit der Zusammenführung der Polizeidirektion und der Direktion Bevölkerungsschutz zieht der Gemeinderat die Blaulichtorganisationen zusammen. Er schafft ein Kompetenzzentrum Sicherheit. Die Koordination der verschiedenen Organisationen bezüglich Strategie und operationelle Zusammenarbeit wird erleichtert.

Direktion Umwelt und Landschaft (DUL)

Mit der neuen Direktion Umwelt und Landschaft setzt der Gemeinderat einen Akzent. Er verstärkt sein Engagement in diesen Bereichen und stellt sicher, dass die Umweltstrategie als Bestandteil der Gesamtstrategie in *einer* Direktion formuliert und partiell umgesetzt werden kann. Er will Themen wie "Agenda 21", "Mobilitätsmanagement" und "Nachhaltigkeit" stärker gewichten als bisher.

Vernetzung der Direktionsarbeit

Der Gemeinderat will mit dem Mittel der Delegationsbildung in Zukunft noch vermehrt direktionsübergreifend arbeiten und strategische Aufgaben frühzeitig vernetzt angehen und die operative Umsetzung koordinieren.

2 Ausgangslage / Grundlage des Projekts

Mit Beschluss vom 3. Dezember 2003 hat der Gemeinderat seine Absicht geäussert, die Verteilung der Aufgaben aller Direktionen ganzheitlich zu überprüfen. Ziel: Eine ausgeglichene Belastung unter den Haupt- bzw. Nebenämtern. Er startete an seiner Klausursitzung vom 8. Dezember 2004 das Projekt "Aufgabenüberprüfung Gemeinderat".

Die parlamentarische Kommission K 2005 hat im März 2004 einen Vorstoss eingereicht betr. notwendige Strukturanpassungen. Bei der Behandlung im Parlament an der Sitzung vom 21. Juni 2004 hat das Parlament entgegen dem Antrag des Gemeinderates die Motion erheblich erklärt.

Mit dem vorliegenden Schlussbericht wird Punkt 3 der Motion erfüllt.

3 Rahmenbedingungen des Projektes Aufgabenüberprüfung

Der Gemeinderat hat für das Projekt folgende Rahmenbedingungen vorgegeben:

- Mind. für die nächste Legislatur (2006 - 2009) die bestehende Grösse des Gemeinderates beibehalten (7 Mitglieder: drei vollamtliche und vier nebenamtliche)
- Strukturen schaffen mit politisch und inhaltlich zusammenhängenden Direktionen, Aufgabenzusammenhang, Prozesslogik, Strukturelemente mit hinreichender Ressourcenausstattung
- Optimierung der Nahtstellen
- Angemessene Verteilung der Arbeitslast und Führungsverantwortung (unter Berücksichtigung der Voll- und Nebenämter). Auch Nebenämter sollen attraktiv bleiben.
- Direktionsaufgaben mit Öffentlichkeitswirksamkeit (Sichtbarkeit), Aktualität von Problemstellung und Themen. GR-Mitglieder sollen auch für Sachthemen von politischer Relevanz zuständig sein und damit einen gewissen Einfluss auf die Gestaltung haben.
- Klare Rollenzuteilung betreffend direktionsübergreifender und direktionsbezogener Verantwortung
- Gleichmässige politische Verteilung der Aufgaben.

Die Aufgabenüberprüfung soll folgende Forderungen nur am Rande tangieren:

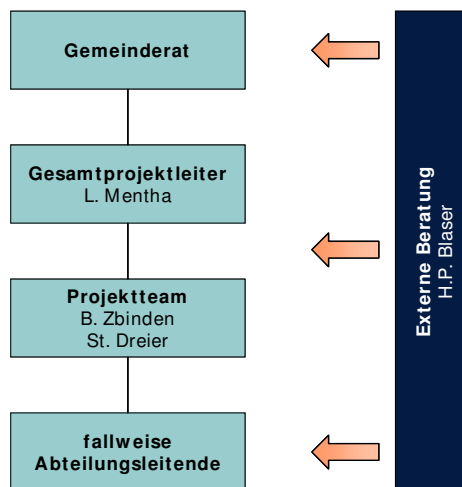
- Förderung einer ganzheitlichen Entwicklung der Gemeinde inkl. Beziehungen zur Region / Agglomeration
- Förderung eines bedürfnisgerechten, effektiven Service public (maximaler Nutzen pro Steuerfranken). Erreichung von Kostenoptimierungen, Sicherstellung einer hohen Qualität der Dienstleistungen.

4 Die Projektorganisation und die Projektabwicklung

4.1 Projektorganisation

Der Gemeinderat setzte folgende Projektorganisation ein:

Gesamtprojektleiter	Herr Gemeindepräsident Luc Mentha
Projektteam	Frau Gemeindeschreiberin Beatrice Zbinden und Herr Stephan Dreier, Schulsekretär
Externe Beratung	KPMG Fides, Bern

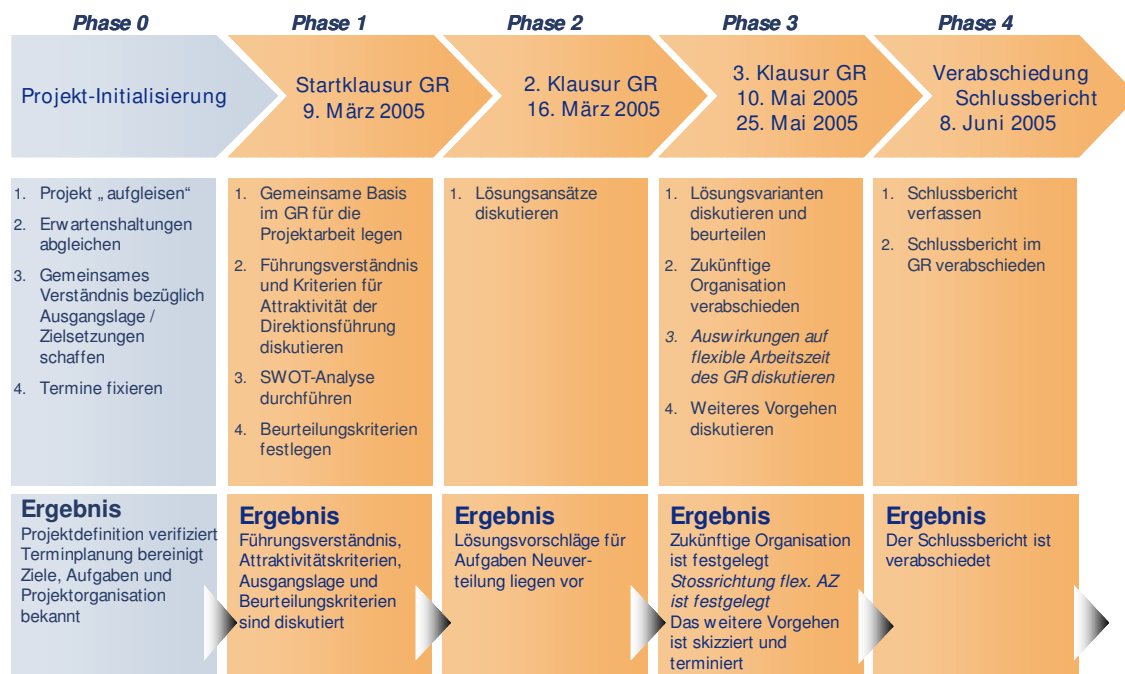


Die einzelnen Organe haben folgende Aufgaben übernommen:

Projektleitung	Führt das Gesamtprojekt
Projektteam	<ul style="list-style-type: none"> - Unterstützt die externe Beratung bei der Vorbereitung der Klausuren und bei der Aufarbeitung der Grundlagen - Arbeitet bei der Information der Abteilungsleitenden mit - Berät externe Beratung beim Beizug der Abteilungsleitungen
Externe Beratung	<ul style="list-style-type: none"> - Bereitet vor und moderiert die Klausursitzungen - Deckt blinde Flecken des GR auf - Löst allfällige Blockaden - Würdigt die Aufgabenzuteilung aus seiner Sicht - Führt Kontaktgespräche mit betroffenen Abteilungs- oder Dienstzweigleitern - Bringt nach Bedarf Fachwissen ein

4.2 Projektabwicklung

Das Projekt ist in den folgenden Schritten abgewickelt worden:



Der Gemeinderat hat seine Diskussionen unter anderem auch auf der Basis von Aufgabengruppen- und Aufgabenbeschreibungen geführt, die von der Verwaltung erstellt worden sind. Diese Aufstellungen sind auch verwendet worden, um im Anhang die Aufgabengruppen und Aufgaben der Direktionen darzustellen. Sie sind jedoch nicht abschliessend und haben keinen verbindlichen Charakter. Sie sind aber geeignet sich einen Überblick zu verschaffen und dienen als Orientierungshilfe.

Zwischen der 2. und der 3. Klausur sind mit den betroffenen Abteilungsleitern Gespräche geführt worden. Es ging dabei darum, die Realisierbarkeit der Ideen des Gemeinderates grob zu sondieren und allfällige Hemmnisse zu erkennen. Mögliche personelle Konsequenzen sind andiskutiert, nicht aber entschieden worden.

Die Umsetzung der Veränderungen wird an die Hand genommen, wenn das Parlament grundsätzlich den Anträgen des Gemeinderates zugestimmt hat. Die Umsetzung wird nicht in allen Bereichen gleichzeitig vollzogen. Etappierungsschritte sind möglich und in verschiedenen Bereichen auch erforderlich.

5 Das Projektergebnis

5.1 Die neuen Direktionen in der Übersicht

Der Gemeinderat will folgende Direktionsstruktur schaffen:

neue Direktionen

Direktion Präsidiales und Finanzen (DPF)

Direktion Planung und Verkehr (DPV)

Direktion Bildung und Soziales (DBS)

Direktion Gemeindebauten (DBA)

Direktion Gemeindebetriebe (DBE)

Direktion Sicherheit (DSI)

Direktion Umwelt und Landschaft (DUL)

bisherige Direktionen

Präsidial- und Finanzdirektion

Direktion Planung, Umwelt, Verkehr,

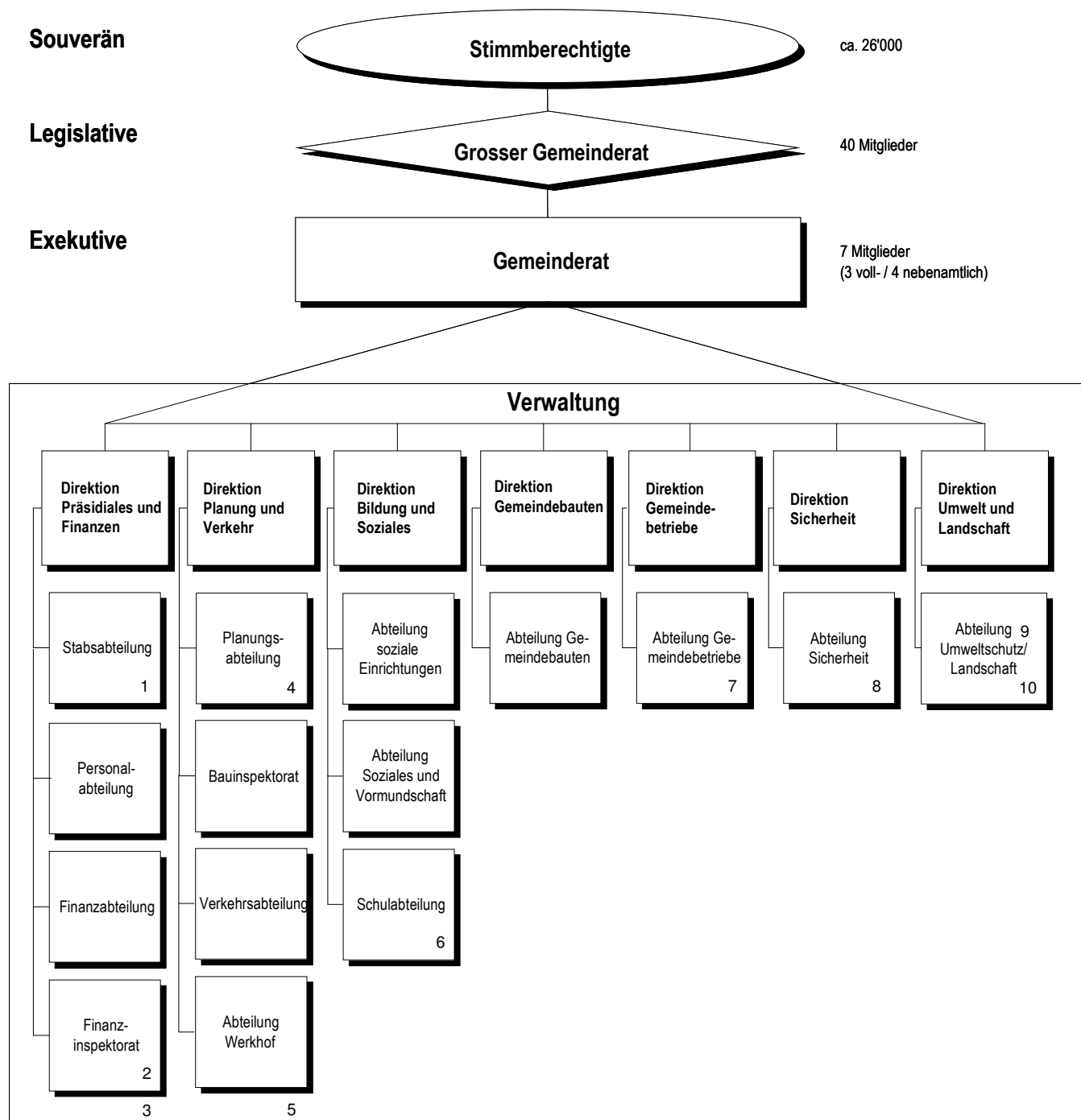
Direktion Soziales, Gesundheit, Schule

Direktion Gemeindebauten

Direktion Gemeindebetriebe

Polizeidirektion, Direktion Bevölkerungsschutz

Die Veränderungen in den einzelnen Direktionen werden in den folgenden Kapiteln dargestellt.



- 1) - Kultur
- 2) - Energiefachstelle
- 3) + Gesamtstrategie und Entwicklung
- 4) - Landschaftspflege
- 5) - Umweltschutz
- 6) + Kultur

- 7) + Gasversorgung
- 8) ehemalige Polizeiabteilung
+ Abteilung Bevölkerungsschutz
+ Regionales Ausbildungszentrum RAZ
- 9) + Energiefachstelle
- 10) + Landschaftspflege

Die Namen der Abteilungen werden in der Umsetzungsphase einer Überprüfung unterzogen.

5.2 Direktion Präsidiales und Finanzen (DPF)

Der Gemeinderat wird sich zukünftig noch vermehrt gesamtstrategischen Fragen und der Gesamtentwicklung annehmen. Köniz wird in der Region und im Kanton als dynamische attraktive Gemeinde mit Entwicklungspotential noch besser positioniert.

Die Direktion Präsidiales und Finanzen bereitet die Strategieentscheide des Gemeinderates vor. Sie nimmt die Controllingfunktion wahr, indem sie die Direktionsstrategien koordiniert, die Strategieumsetzung z.Hd. des Gemeinderates überwacht und die Berichterstattung an den Gemeinderat regelt.

Den einzelnen Direktionen wird im Rahmen der Gesamtstrategie, die aus den Teilstrategien der Direktionen besteht, ein möglichst grosser Handlungsspielraum gewährt.

Die Liegenschaftsverwaltung ist verantwortlich für die Bewirtschaftung und Zuteilung der Verwaltungsräumlichkeiten.

Die Direktion wird von der Aufgabe Kultur, die der Direktion Bildung und Soziales zugewiesen wird, entbunden. Aus dem Finanzinspektorat wird die Aufgabe der Energiefachstelle heraus gelöst und der Abteilung Umweltschutz zugewiesen.

Die Aufgaben der Direktion Präsidiales und Finanzen präsentieren wie folgt (vgl. Anhang 1, als Orientierungshilfe):

Aufgabengruppe	Aufgaben
Gesamtstrategie und Entwicklung	<ul style="list-style-type: none"> - Koordination der Direktionsstrategien - strategisches Controlling - Gemeindemarketing - Wirtschaftsförderung (Promotion / Ansiedlungsförderung) - Bodenpolitik (Landerwerb / -verkauf)
Behörden	<ul style="list-style-type: none"> - Parlament, Kommissionen, GPK, Parteientschädigungen, externe Revision - GR und Mitgliedschaften - Abstimmungen und Wahlen
Zentrale Dienste und Stäbe	<ul style="list-style-type: none"> - Kanzlei - Finanz- und Liegenschaftsdienstleistungen, Energiefachstelle - Rechtsdienst - Personal mit Lohnwesen
Liegenschaften	<ul style="list-style-type: none"> - Verwaltung des Finanzvermögens - Verwaltung des Verwaltungsvermögens - Mietamt
Kultur	<ul style="list-style-type: none"> - Beiträge an RKK - Kulturförderung Köniz
Informatikzentrum Köniz-Muri	<ul style="list-style-type: none"> -
Steuern	<ul style="list-style-type: none"> - Einnahmen - Administration
Kapitaldienste und Beiträge	<ul style="list-style-type: none"> - Abschreibungen - Verzinsungen - Produkteunabhängige Beiträge

schwarz: bisherige Aufgaben; rot: beschlossener Transfer; blau: neue Aufgabengruppe oder Aufgabe

Kommentar

Gesamtstrategie und Entwicklung. Die Direktion Präsidiales und Finanzen bereitet die Strategieentscheide des Gemeinderates vor. Sie nimmt die Controllingfunktion wahr, indem sie die Direktionsstrategien koordiniert, die Strategieumsetzung z.Hd. des Gemeinderates überwacht und die Berichterstattung an den Gemeinderat regelt.

Den einzelnen Direktionen wird im Rahmen der Gesamtstrategie, die aus den Teilstrategien der Direktionen besteht, ein möglichst grosser Handlungsspielraum gewährt.

Im Rahmen dieser Aufgabengruppe wird dem Gemeindepräsidenten -expliziter als bisher- die Koordination der Direktionsstrategien und -leitbilder zu einem Gesamten und deren periodische Überwachung (strategisches Controlling) zugewiesen. Mit "Gemeindemarketing und Wirtschaftsförderung" wird die Gemeinde als Ganzes gegen aussen richtig positioniert, interessierte Investoren werden bei der Realisierung ihrer Vorhaben seitens der Gemeinde begleitet und unterstützt. Mit dem Dienstzweig Liegenschaftsverwaltung wird weiterhin sichergestellt, dass die Bodenpolitik zur Sicherung der strategischen Landesreserven effektiv und effizient erfolgen kann.

Die Instrumente für die Gesamtsteuerung werden koordiniert, bieten den einzelnen Direktionen Handlungsspielraum und erlauben effizientes zielgerichtetes Handeln im Gesamtinteresse.

Die Aufgabe "Energiefachstelle" ist heute eine Teilaufgabe im Finanzinspektorat. Sie wird gemäss "Reglement über das Finanzinspektorat" unter Ziffer 3 "Interne Beratung" geführt. Die Energiefachstelle nimmt eine Daueraufgabe wahr, die hier eher artfremd geworden ist. Die Energiefachstelle arbeitet eng mit der Abteilung Umweltschutz, anderen Abteilungen und Dritten zusammen. Sie hat Querschnittsfunktion. Sie wird der Abteilung Umweltschutz in der neuen Direktion Umwelt und Landschaft zugewiesen (vgl. dazu auch Kapitel 5.8, Seite 19).

Die **Aufgabengruppe "Kultur"** ist zurzeit und bis Ende der Legislatur Frau Gemeinderätin Sommaruga zugeteilt worden. Zu diesem Verantwortlichkeitsbereich gehört auch die **Aufgabe "Schloss Köniz"**, bei dem bisher der Vorsteher SGS führend war. Diese Übergangslösungen werden mit der Aufgabenüberprüfung bereinigt. Die Aufgaben werden definitiv der Direktion Bildung und Soziales zugewiesen. Diese betreut den Aufgabenbereich Kultur operativ bereits heute. Der Gemeindepräsident wird -im Gegenzug zur Zuweisung neuer Aufgaben- entlastet.

5.3 Direktion Planung und Verkehr DPV)

Dem Aspekt Umsetzung der Gesamtstrategie mit Planungsinstrumenten wird vermehrt Gewicht beigegeben. Die Direktion trennt sich deshalb von einem Teil der operativen Umsetzungsaufgaben. Die Planungsabteilung wird von der Umsetzung der Landschaftspflege entlastet. Sie kann sich damit vermehrt auf die planerischen Aufgaben zur Umsetzung der Gesamtstrategie mit den Richtplanungen Landschaft (z.B. LEK), Siedlung und Verkehr konzentrieren. Die Landschaftspflege wird der neuen Direktion Umwelt und Landschaft zugewiesen (vgl. auch Kapitel 5.8, Seite 19).

Die Direktion gibt zudem die Aufgaben aus dem Bereich Umweltschutz an die neue Direktion Umwelt und Landschaft ab. Das Thema nachhaltige Nutzung der Ressourcen kann damit in der neuen Direktion integral bearbeitet werden (vgl. auch Kapitel 5.8, Seite 19).

Die Aufgaben der Direktion Planung und Verkehr präsentieren sich wie folgt (vgl. Anhang 2):

Aufgabengruppe	Aufgaben
Räumliche Entwicklung	<ul style="list-style-type: none"> - Siedlungsplanung / Landschaftsplanung - Landschaftspflege
Bauaufsicht	<ul style="list-style-type: none"> - Baupolizei - Reklamewesen
Umweltschutz	<ul style="list-style-type: none"> - Beratung und Beurteilung - Inspektionen und Kontrollen
Verkehr	<ul style="list-style-type: none"> - Individualverkehr - Öffentlicher Verkehr - Lärmschutz
Fahrzeugdienst	<ul style="list-style-type: none"> - Fahrzeugdienst
Strassen	<ul style="list-style-type: none"> - Unterhalt - Öffentliche Beleuchtung
Abfall	<ul style="list-style-type: none"> - Abfallsammeldienst / Recycling - Deponie

schwarz: bisherige Aufgaben; **rot**: beschlossener Transfer; **blau**: neue Aufgabengruppe oder Aufgabe

Kommentar

Aufgabe "Landschaftspflege". Mit der Zuweisung der Schutz- und Pflegemassnahmen ist der Planungsabteilung, die sich schwergewichtig mit strategischen Planungsfragen befasst, seinerzeit ein Element der operativen Aufgabenumsetzung übertragen worden. Die Planungsabteilung soll davon entlastet werden, um sich auf ihre Kernaufgaben konzentrieren zu können. Die zu transferierende Aufgabe "Landschaftspflege" umfasst die operative Ebene der Landschaftspflege mit dem Unterhalt der Grünflächen und Spielplätze, sowie die Pflege der Strassenbäume durch Drittunternehmen. Die Friedhofverwaltung gehört ebenfalls in dieses Portefeuille. Wasserbau und Landschaftsschutz runden die Aufgaben- gruppe ab. Nicht tangiert vom Transfer ist die Landschaftsplanung, also die strategische Komponente. Die Landschaftsplanung bildet zusammen mit der Siedlungs- und Verkehrsplanung eine Einheit der Ma- terie.

Die **Aufgabengruppe "Umweltschutz"** wird von der Abteilung Umweltschutz wahrgenommen. Ein Teil dieser Aufgaben sind Querschnittsaufgaben. Sie umfassen die Beratung der Bevölkerung und die Beur- teilung von Massnahmen. Inspektionen und Kontrollen gehören ebenfalls in dieses schwergewichtig o- perative Aufgabengebiet. Mit der Zuweisung der Energiefachstelle wird der Abteilung auch die strategi- sche Komponente zugewiesen. Die Abteilung ist damit strategisch, präventiv und operativ kontrollierend aktiv. Mit der Zuweisung in die neue Direktion Umwelt und Landschaft kann das Thema nachhaltige Nut- zung der Ressourcen in der neuen Direktion integral und mit dem notwendigen Schwergewicht behan- delt werden.

Es besteht die Option die Feuerungskontrollen auszulagern, wie dies in vielen Gemeinden der Fall ist.

5.4 Direktion Bildung und Soziales (DBS)

Die Struktur der Direktion hat sich in den letzten Jahren bewährt. Strategische und operative Aufgaben sind ausgewogen und die Prozesse zur Umsetzung der Strategien erprobt. Das Kultursekretariat ist der Schulabteilung unterstellt. Diese Zuweisung hat sich bewährt. Sie kann beibehalten werden. Der Aufgabenbereich Kultur ist -wie viele andere Bereiche auch- vernetzt zu bearbeiten. (vgl. auch Kapitel 6, Seite 20).

Die Aufgaben der Direktion Bildung, Soziales und Gesundheit präsentieren wie folgt (vgl. Anhang 3):

Aufgabengruppe	Aufgaben
Individuelle Sozialhilfe	<ul style="list-style-type: none"> - Sozialberatung - Alimentenbevorschussung und Inkassohilfe - Zuschuss nach Dekret (ZuD)
Vormundschaft	<ul style="list-style-type: none"> - Vormundschaftsverwaltung - Amtsvormundschaft - Bestattungs- und Erbschaftsdienst
Sozialversicherung	<ul style="list-style-type: none"> - AHV-Zweigstelle - Arbeitsamt - Beiträge
Beschäftigungs- und Weiterbildungsmassnahmen	<ul style="list-style-type: none"> - Beschäftigungsmassnahmen nach Arbeitslosenversicherung - Beschäftigungsmassnahmen für nicht mehr versicherte Sozialhilfeempfangende - Neue Arbeitsplätze Köniz (NAK)
Logistik soziale Einrichtungen	<ul style="list-style-type: none"> - Logistik
Alter und Gesundheit	<ul style="list-style-type: none"> - Information Alter und Gesundheit - Ambulante Betreuung und Pflege - Stationäre Betreuung und Pflege
Kind, Jugend, Familie	<ul style="list-style-type: none"> - Information Jugend und Familie - Jugend- und Familienberatung - Familienergänzende Kinderbetreuung - Freizeit / Gemeinwesen - Suchtberatung - Prävention
Migration und Asyl	<ul style="list-style-type: none"> - Materielle Grundversorgung der Asylsuchenden in der Gemeinde - Integration ausländischer Staatsangehöriger
Volksschulen	<ul style="list-style-type: none"> - Betriebsmittel für Schulen - Beiträge an Kanton nach übergeordnetem Recht (Lehrerlöhne) - Tagesschulen, Horte, Mittagstische - Schulzahnpflege und Gesundheitspflege - Schulsport und Ferienversorgung - Betrieb und Unterhalt der Schulanlagen - Administration / Unterstützung der Schulen
Erwachsenenbildung und weitere Bildungsinstitutionen	<ul style="list-style-type: none"> - Erwachsenenbildung - Mediotheken - Musikschulen - Weitere Bildungsinstitutionen
Sport und Freizeit	<ul style="list-style-type: none"> - Bewirtschaftung der Schulräume und Sportanlagen - Beiträge an Sportinstitutionen
Kultur	<ul style="list-style-type: none"> - Beiträge an RKK - Kulturförderung Köniz - Schloss Köniz

Kommentar

Die **Aufgabengruppe "Kultur" exkl. Schloss Köniz** ist zurzeit und bis Ende der Legislatur Frau Gemeinderätin Sommaruga zugeteilt worden. Im Rahmen der Aufgabenüberprüfung wird die Aufgabengruppe der Direktion Bildung und Soziales zugewiesen. So wird es möglich, für diesen Verantwortungsbereich in der Direktion eine Kulturstrategie zu entwickeln und diese umzusetzen. Weil der Aufgabenbereich Kultur als Einheit bearbeitet werden kann, wird es besser möglich, das kulturelle Leben in allen Gemeindegebieten zu fördern und mit der Stadt Bern, der Agglomeration und der Region abzustimmen. Kultur ist nicht mehr auf verschiedene Direktionen aufgeteilt.

5.5 Direktion Gemeindebauten (DBA)

Die Direktion Gemeindebauten vertritt wie bisher die Gemeinde als Bauherrschaft bei der Bereitstellung der erforderlichen Räume und Anlagen für die Bereiche Verwaltung, Kultur, soziale Einrichtungen, Bildung, Sport und Friedhöfe und bei Bauten von Dritten, die zur Erfüllung von öffentlichen Aufgaben dienen. Sie begleitet die Bauvorhaben, übernimmt die Projektleitung und gewährleistet den Unterhalt bei Schulbauten in Zusammenarbeit mit den Betreibern.

Die Aufgaben der Direktion Gemeindebauten präsentieren sich wie folgt (vgl. Anhang 4):

Aufgabengruppe	Aufgaben
Öffentliche Bauten	<ul style="list-style-type: none"> - Gemeindeeigene Bauten, Erstellung und Unterhalt - Drittbauten, Erstellung und Unterhalt

schwarz: bisherige Aufgaben; rot: beschlossener Transfer; blau: neue Aufgabengruppe oder Aufgabe

Kommentar

Unterhalt der Liegenschaften. Sowohl der Dienstzweig Liegenschaften als auch die Abteilung Gemeindebauten sind für gewisse Unterhaltsarbeiten zuständig. Mit klaren Richtlinien, nach welchen Kriterien Unterhaltsarbeiten ausgeführt werden sollen, wird in Zukunft sichergestellt, dass innerhalb der Gemeinde einheitlich gehandelt wird.

Ein Transfer eines Teils oder des gesamten Dienstzweiges Liegenschaften wurde diskutiert, aber verworfen. Der Dienstzweig Liegenschaften bleibt integral bei der Direktion Präsidiales und Finanzen, damit der Gemeindepräsident im Rahmen der Gesamtstrategie die strategische Bodenpolitik rasch operativ umsetzen kann.

5.6 Direktion Gemeindebetriebe (DBE)

Mit einer allfälligen Übernahme der Verantwortung für die Gasversorgung (analog Wasserversorgung) könnte die Aufgabe der "richtigen" Stelle zugewiesen werden. Das Aufgabengebiet der Direktion würde abgerundet und Synergien im Bereich der Monteure könnten genutzt werden. Die übrigen Aufgaben bleiben unverändert. Die Aufgaben der Direktion Gemeindebetriebe präsentieren sich wie folgt (vgl. Anhang 5):

Aufgabengruppe	Aufgaben
Wasserversorgung	- Wasserversorgung
Abwasser	- Abwasserentsorgung
Gas	- Gasversorgung
Vermessung	- Vermessung - Leitungskataster

schwarz: bisherige Aufgaben; rot: beschlossener Transfer; blau: neue Aufgabengruppe oder Aufgabe

Kommentar

Mit der Übernahme der Verantwortung für die Gasversorgung würde die Aufgabe "unterhält Beziehungen zu öffentlichen oder privaten Trägern der Versorgung der Gemeinde mit Energie, Wärme" gemäss Art. 26 des OgR der "richtigen" Stelle zugewiesen. Heute halten verschiedene Stellen diese Beziehungen aufrecht.

Die Direktion Gemeindebetriebe bleibt wie bisher verantwortlich für den Betrieb und den Unterhalt der öffentlichen Wasserversorgung und des Hydrantennetzes. Sie zeichnet verantwortlich für die Sicherstellung des Betriebes und die Qualität der Abwasseranlagen sowie die Aufrechterhaltung des Hochwasserschutzes in bebauten Gebieten. Der Direktion ist auch die Betreuung der Vermessung und des Leitungskatasters übertragen. Sie unterhält Beziehungen zu öffentlichen oder privaten Trägern der Versorgung der Gemeinde mit Energie, Wärme und dergleichen.

5.7 Direktion Sicherheit (DSI) (Zusammenlegung Polizeidirektion und Direktion Bevölkerungsschutz)

Mit der Zusammenführung der beiden Direktionen schafft der Gemeinderat ein Kompetenzzentrum Sicherheit. Die Blaulichtorganisationen werden in einer Direktion zusammengezogen. Die Koordination der verschiedenen Organisationen bezüglich Strategie und operationelle Zusammenarbeit wird erleichtert. Die Direktion führt weiterhin die Einwohnerdienste.

Die Aufgaben der Direktion Sicherheit präsentieren sich wie folgt (vgl. Anhang 6):

Aufgabengruppe	Aufgaben
Einwohner- und Einwohnerinnenwesen	<ul style="list-style-type: none">- Einwohner-/Fremdenkontrolle- Wahlen / Abstimmungen
Ortspolizei	<ul style="list-style-type: none">- Gemeindepolizei- Handel, Gewerbe, Gastgewerbe
Bade- und Freizeitanlagen Weiermatt Köniz und Eichholz Wabern	<ul style="list-style-type: none">- Badeanlage Weiermatt- Bade- und Freizeitanlage Eichholz
Bevölkerungsschutz	<ul style="list-style-type: none">- Zivilschutz- Feuerwehr- Katastrophenorganisation
Regionales Ausbildungszentrum Köniz	<ul style="list-style-type: none">- Regionales Ausbildungszentrum Köniz

schwarz: bisherige Aufgaben; rot: beschlossener Transfer; blau: neue Aufgabengruppe oder Aufgabe

Kommentar

Die neue Direktion Sicherheit umfasst nach der Zusammenführung der Polizeidirektion und der Direktion Bevölkerungsschutz die Aufgaben der Amts- und Vollzugshilfe sowie die ortspolizeilichen Aufgaben. Sie ist zuständig für das Niederlassungs- und Aufenthaltswesen, Einbürgerungen und die Verantwortung für die Durchführung von Abstimmungen und Wahlen. Sie führt die Badebetriebe. Sie nimmt die Gemeindeaufgaben im Bereich des Zivilschutzes, der Feuerwehr und der Katastrophenorganisation wahr. Der Direktion ist das Regionale Kompetenzzentrum Köniz (RAZ) zugeordnet.

Die Direktionsführung wird durch die Zusammenfassung der beiden Direktionen attraktiver. Die Gesamtstrategie im Bereich des Bevölkerungsschutzes kann in einer Direktion formuliert und umgesetzt werden. Die Leitung der bisherigen zwei Abteilungen durch den gleichen Abteilungsleiter wird vereinfacht. Synergien können noch besser genutzt werden, weil nun alle Belange in der gleichen Direktion behandelt werden können.

5.8 Direktion Umwelt und Landschaft (DUL)

Mit der Schaffung der neuen Direktion Umwelt und Landschaft setzt der Gemeinderat einen neuen Akzent und verstärkt sein Engagement in diesen Bereichen. Er stellt sicher, dass die Umweltstrategie als Bestandteil der Gesamtstrategie in einer Direktion formuliert und partiell umgesetzt werden kann. Er gewichtet Themen wie "Agenda 21", "Mobilitätsmanagement" und "Nachhaltigkeit" stärker als bisher.

Die Aufgaben der Direktion Umwelt und Landschaft präsentieren sich wie folgt (vgl. Anhang 7):

Aufgabengruppe	Aufgaben
Umweltschutz	<ul style="list-style-type: none">- Energiefachstelle- Beratung und Beurteilung- Inspektionen und Kontrollen
Landschaft	<ul style="list-style-type: none">- Landschaftspflege

schwarz: bisherige Aufgaben; rot: beschlossener Transfer; blau: neue Aufgabengruppe oder Aufgabe

Kommentar

Die **Aufgaben der Energiefachstelle** - Koordination der Energiestrategien und der energiepolitischen Massnahmen, Anlaufstelle für Energiefragen und diesbezügliche Interessenvertretung gegen aussen - werden der neuen Direktion übertragen.

Die **Aufgabengruppe "Umweltschutz"** (inkl. Energiefachstelle) umfasst die Formulierung der Strategie im Bereich Umweltschutz, gleichzeitig aber auch die Beratung der Bevölkerung und die Beurteilung von Massnahmen. Inspektionen und Kontrollen gehören ebenfalls in dieses Aufgabengebiet. Ein Teil dieser Aufgaben sind Querschnittsaufgaben. Der Bereich Umweltschutz wird damit integraler als bisher bearbeitet.

Aufgabengruppe "Landschaftspflege". Mit der Zuweisung der Vollzugsmassnahmen im landschaftspflegerischen und -schützerischen Bereich, wird das Aufgabengebiet der Direktion Umweltschutz erweitert und abgerundet. Zu diesen Aufgaben zählen der Unterhalt der Grünflächen und Spielplätze sowie die Pflege der Strassenbäume durch Drittunternehmen, die Friedhofverwaltung, der Wasserbau, der Landschaftsschutz und die Ackerbaustelle.

Nachhaltigkeit. Die Thematik "Agenda 21", "Mobilitätsmanagement" und "Nachhaltigkeit" werden ebenfalls dieser Direktion zur Bearbeitung übertragen. Dies erlaubt es der Direktionsleitung, eine Gesamtstrategie zu entwickeln. Sie liefert damit Vorgaben, die es bei allen Tätigkeiten der Gemeinde zu beachten gilt, hat aber auch Mittel, die Strategie in verschiedenen Teilbereichen selber umzusetzen.

6 Die Gemeinderatsdelegation und das Projektmanagement als Mittel zur Vernetzung

Die Diskussion in den verschiedenen Klausuren hat aufgezeigt, dass der Vernetzung der strategischen Entscheide, aber auch der Koordination der Aufgaben auf operativer Ebene immer mehr Bedeutung zukommt.

Der Gemeinderat will in Zukunft für die Vorbereitung strategischer Entscheide vermehrt das Mittel der Gemeinderats-Delegation einsetzen. Diese Delegationen befassen sich direktionsübergreifend mit Themen oder Projekten (z.B. Kulturpolitik oder Soziales) und unterbreiten dem Gesamtgemeinderat entsprechende Vorlagen zum Entscheid. Die Delegationen sollen nicht mehr als drei Mitglieder umfassen und nicht nur aus den hauptamtlichen Gemeinderäten bestehen (Gefahr des Zweiklassen-Gemeinderates). Es sollen Männer und Frauen vertreten sein. Die Bildung der Delegationen war nicht Gegenstand dieses Projektschrittes.

Zur Abwicklung von direktions- und abteilungsübergreifenden Projekten wird das Projektmanagement eingesetzt. Das Projekthandbuch wird verbindlich erklärt. Bei abteilungsübergreifenden Projekten formuliert der Gemeinderat einen Projektauftrag und legt die Federführung fest.

7 Weiteres Vorgehen

7.1 Die Umsetzung mit drei Folgeprojekten

Die Umsetzung der Aufgabenüberprüfung erfolgt in drei Teilprojekten.

- **Verwaltungsorganisationsreglement und Verwaltungsorganisationsverordnung**
Der Rechtsdienst ist beauftragt worden (GRB Nr. 333/05), ein knappes Verwaltungsorganisationsreglement und eine ausführliche Verwaltungsorganisationsverordnung zu erarbeiten.
- **Organisatorische Umsetzung der Beschlüsse aus dem Projekt Aufgabenüberprüfung**
Die vom Gemeinderat am 8. Juni beschlossene Aufgabenumverteilung mit der Bildung von zwei neuen Direktionen muss organisatorisch umgesetzt werden. Ein Teil der organisatorischen Veränderungen kann durch die Verwaltung selbstständig vollzogen werden. Bei den komplexeren Veränderungsprozessen ist eine externe Begleitung / Coaching angezeigt.
- **Anpassen des Kontenplanes an die neuen Strukturen.**
Die Kontengliederung für Voranschlag und Rechnung muss der neuen Organisation angepasst werden.

7.2 Organisatorische Umsetzung der Beschlüsse aus dem Projekt Aufgabenüberprüfung

7.2.1 Umsetzung ohne externe Beratung / Coaching

Die folgenden Organisationsveränderungen können durch die Verwaltung selbstständig bearbeitet werden:

- **Aufgabengruppe Strategische Führung**
Es geht darum, die Aufgaben zu definieren, die wichtigsten Abläufe (Prozesse) festzulegen, die Zusammenarbeit mit Direktionen und Abteilungen zu fixieren (Nahtstellen optimieren) und zu bestimmen, wer für welche Aufgabe verantwortlich zeichnet.
- **Kultur**
Es geht darum, die Aufgaben im Kulturbereich zu umschreiben (inkl. Schloss), die Abläufe unter dem Aspekt, dass der Vorsteher der Direktion neu auch für die Kultur zuständig ist, zu überprüfen, die Zusammenarbeit mit Direktionen und Abteilungen zu fixieren und zu bestimmen, wer für welche Aufgabe verantwortlich zeichnet. Die Schulabteilung wird teilweise neu strukturiert werden und die Personalkapazität im Bereich Kultur muss überprüft werden.
- **Gasversorgung**
In Abhängigkeit vom Entscheid, wer die Gemeinde zukünftig mit Gas versorgt, sind die Aufgaben für die Aufgabengruppe Gas zu formulieren. In der Folge sind die wichtigsten Abläufe (Prozesse) festzulegen, die Zusammenarbeit mit Direktionen und Abteilungen ist zu fixieren (Nahtstellen optimieren) und es ist zu bestimmen, wer für welche Aufgabe verantwortlich zeichnet. Die Personalkapazität muss je nach Ergebnis überprüft werden.
- **Direktion Sicherheit**
Der Abteilungsleiter a.i führt heute sowohl die Polizeiabteilung als auch Abteilung Bevölkerungsschutz. Die Zusammenführung und Optimierung kann durch die Verwaltung selbstständig erfolgen. Die Aufgaben werden nicht grundsätzlich verändert, sind aber bezüglich der Abläufe zu hinterfragen und wo möglich zu optimieren. Synergiepotential ist dabei konsequent auszuschöpfen.

7.2.2 Umsetzung mit externer Beratung / Coaching

▪ Direktion Umwelt und Landschaft

Die Direktion wird aus Abteilungen, Dienstzweigen und einzelnen Mitarbeitenden anderer Abteilungen neu zusammengefügt. Verschiedene Aufgabengebiete werden in einen neuen Bezug zueinander gebracht. Neue Aufgaben wie "Agenda 21" oder "Mobilitätsmanagement" werden unter Umständen dieser neuen Direktion zugewiesen werden.

Es geht darum, die Aufgaben zu definieren, die erforderlichen Kapazitäten festzulegen (Erfahrungswerte aus der bisherigen Tätigkeit), die wichtigsten Abläufe (Prozesse) festzulegen, die Zusammenarbeit mit Direktionen und Abteilungen zu fixieren (Nahtstellen bestimmen) und zu bestimmen, wer für welche Aufgabe verantwortlich zeichnet.

Die Organisationsstruktur muss festgelegt werden und Voraussetzungen für eine gute Verwaltungskultur müssen geschaffen werden.

Bei der Bearbeitung sind die Fragen der anstehenden Pensionierungen in die Betrachtung ebenso einzubeziehen wie Kapazitätsfragen, die- je nach Lösung- im Finanzinspektorat und im Bereich Landschaftsplanung entstehen könnten. Auch die fachliche Abgrenzungen im Bereich Landschaftspflege und Landschaftsplanung ist festzulegen. Wenn nötig ist mit Übergangslösungen zu arbeiten.

▪ Landschaftsplanung

Die heutige Direktion PLUV wird von den operativen Aufgaben Unterhalt der Grünflächen und Spielplätze, Pflege der Strassenbäume durch Drittunternehmen, Friedhofverwaltung, Wasserbau und Landschaftsschutz entlastet, um sich vermehrt auf die strategische Komponente Siedlungs- und Landschafts- und Verkehrsplanung (Kernaufgaben) konzentrieren zu können. Die Gemeindeentwicklung soll damit prioritär unterstützt werden.

Im Rahmen des anstehenden Veränderungsprozesses und im Hinblick auf die bevorstehenden Pensionierungen im Laufe der nächsten Legislatur bietet sich jetzt die Chance, die Struktur der Planungsabteilung zu überdenken. Damit die Fragestellung möglichst offen angegangen werden kann und nicht bestehende Organisationsstrukturen mögliche neue Denk- und Lösungsansätze blockieren, ist ein externes Coaching der einzusetzenden abteilungsinternen Arbeitsgruppe empfohlen.

▪ Schnittstelle Unterhalt

Sowohl der Dienstzweig Liegenschaften als auch die Abteilung Gemeindebauten sind für gewisse Unterhaltsarbeiten zuständig. Mit klaren Richtlinien, nach welchen Kriterien Unterhaltsarbeiten ausgeführt werden sollen, wird in Zukunft sichergestellt, dass innerhalb der Gemeinde einheitlich gehandelt wird. Eine interne Arbeitsgruppe aus der Abteilung Gemeindebauten und dem Dienstzweig Liegenschaftsverwaltung soll die notwendigen Richtlinien und Handlungsanweisungen mit Unterstützung eines externen Coachings erarbeiten.

7.2.3 Anpassen des Kontenplanes an die neuen Strukturen.

Die Finanzabteilung muss aufgrund der Beschlüsse aus dem Projekt "Aufgabenüberprüfung im Gemeinderat" den Kontenplan überarbeiten. Im Voranschlag 2006 müssen Organisationsstruktur und Kontenplan übereinstimmen.

Für die Bearbeitung der verschiedenen Teilprojekte sind durch den Gemeinderat die entsprechenden Aufträge zu erteilen.